



Saarländer Tagblatt

Enztalbote Wildbader Zeitung
Amtsblatt und Anzeiger für Wildbad
und das obere Enztal

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertage. Bezugspreis monatlich 1.20 RM. (incl. ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im Inland 1.30 RM. Ausland 1.50 RM. Einzelnummer 10 Pf. — Geschäftsstelle: 50 Pf. bei der Oberamtsparcasse Neuenburg Zweigstelle Wildbad. — Druckerei: Enztal-Druckerei & Co., Wildbad; Hofschmiedemeister G. H. H. Wildbad. — Postfach 201 74 Stuttgart.
Anzeigenpreise: Im Anzeigenblatt die einfache Zeile 10 mm breite Mittelzeile 5 Pf., Familien-Anzeigen, Vereinsanzeigen, Stellenangebote 2 Pf.; im Zeitteil die 10 mm breite Mittelzeile 15 Pf. — Rabatt nach vorerwähntem Tarif. — Schluss der Anzeigenannahme täglich 9 Uhr vormittags. — In Konkurrenzstellen oder wenn gerichtliche Beweistrübung notwendig wird, fällt jede Nachlässigkeitsmaßnahme weg.
Druck, Verlag u. Vertrieb: Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad i. Sch., Wildhelmsr. 96, Tel. 479. — Wohnung: Villa Hubertus

Nummer 255

Februar 479

Donnerstag den 1. November 1934

Februar 479

69. Jahrgang

Abrüstung und Aufrüstung

Das Wettrüsten beginnt

Es ist doch heute schon so, daß man etwas verwundert aufschaut, wenn in den Ueberschriften der Tagespresse das Wort Abrüstung auftaucht. Unterhalb Jahre lang hat das Thema der Abrüstung die Weltöffentlichkeit vor allen anderen beschäftigt. Es erweckte Hoffnungen und Enttäuschungen, je nachdem, wie der Verlauf der Verhandlungen der Genfer Konferenz war. Die Kabinette der Hauptmächte erwarteten Pläne, um das große Ziel der Verminderung der Rüstungen zu erreichen, und sie spannten Intrigen und suchten Winkelzüge, um eine klare Stellungnahme zu dem Problem zu verhindern. Seitdem Deutschland des unwürdigen Spiels müde wurde und am 14. Oktober des vergangenen Jahres die Abrüstungskonferenz verließ, hat sie eigentlich nicht mehr recht gewußt, was sie tun sollte. Denn ihre heimliche Aufgabe, die so wenigstens die von Frankreich geführte Mächtegruppe sie in Genf aufgabte, war ja nicht die Herbeiführung einer effektiven Abrüstung gewesen, sondern die Ausarbeitung einer Formel, mit der man nach außen den Schein wahren wollte, in Wirklichkeit aber die tatsächliche Rüstungsverminderung der ausgerüsteten Staaten auf unbestimmte Zeit vertagte und gleichzeitig Deutschland, das unter dem diskriminierenden Statut von Versailles stand, um die ihm feierlichst zugesicherte Gleichberechtigung betrog. Als Deutschland erklärte, an den Besprechungen solange nicht mehr teilnehmen zu können, wie die Grundoraussetzung seiner Mitwirkung, eben die Gleichberechtigung, nicht erfüllt sei, fehlte den Spiegelfechtern von Genf das Thema. Man ging auseinander, hat ab und zu in immer länger werdenden Zwischenräumen, das Büro der Konferenz noch einmal zusammenzutreten lassen, ohne daß man auch dabei etwas anderes hätte tun können, als immer neue Verabredungen zu beschließen. Und endlich hörte man überhaupt nichts mehr von der Abrüstungskonferenz. Uebrig geblieben war eigentlich nur ihr Präsident, Herr Henderson, der die Lösung der ihm gestellten Aufgabe sicherlich ehrlich wollte, der bei all seinen Bemühungen, die Dinge durch Fühlungnahme mit den maßgebenden Kabinetten der Weltmächte wieder in Fluß zu bringen, doch aber eigentlich immer vergeblich antichambrierte.

Und nun mit einem Male kommt eine Meldung, die zunächst so aussieht, als sollte die Abrüstungskonferenz wieder aufleben. Herr Avenol, der Generalsekretär des Völkerbundes, ist nach Paris und London abgereist um dort Entscheidungen über das weitere Schicksal der Konferenz herbeizuführen. In London will er vor allen Dingen mit Henderson sprechen. Anlaß dafür, daß Avenol das Thema „Abrüstung“ mit einem Male wieder anspricht, ist die für den 20. November geplante Tagung des Völkerbundesrats, mit der gleichzeitig eine Sitzung des Büros der Abrüstungskonferenz verbunden werden soll. Aber die Dispositionen des Herrn Avenol sehen keineswegs eine Reaktivierung der Konferenz vor, sondern im Gegenteil, er möchte die unfruchtbare Angelegenheit für möglichst lange aus dem Geschäftsgang ausschalten, und sein Ziel ist, eine Vertagung bis mindestens zur Mitte des nächsten Jahres zu erreichen. Mitte 1935, das ist ein Termin, der in recht weiter Ferne liegt, und Herr Avenol wird der Meinung sein, man brauche sich heute noch nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, wie die Welt dann aussehen wird.

Umsomehr tun das diejenigen, die immer auf Seiten der Abrüstungsgegner standen. Im Finanzausschuß der französischen Kammer hat der Kriegsminister Marschall Petain in eine Rede gehalten, in der nicht von Abrüstung, wohl aber von weiterer stärkerer Aufrüstung des bereits wie kein anderer Staat in der Welt hochgerüsteten Frankreichs gesprochen wird. Nicht weniger als 800 Millionen Franken fordert Petain an neuen Krediten für militärische Zwecke. Er hat sich außerdem für die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit ausgesprochen und ist damit noch über die bisherige Stellungnahme des Kabinetts Doumergue zu dieser in Frankreich heiß umstrittenen Frage hinausgegangen. Man sprach bisher von der Verlängerung der Militärdienstpflicht auf zwei Jahre und wollte auch sie nicht auf einmal durchführen, weil man damit namentlich auf den scharfen Widerstand der Linksparteien stieß, sondern wollte sich zunächst mit einer Erhöhung auf 15 oder 18 Monate begnügen. Nun geht Herr Petain aufs Ganze. Er begründet das natürlich mit der Sicherheit Frankreichs.

Bestrebten diese Töne aus Paris nicht, so ist man umso überraschter über die Wandlung, die der englische Premierminister Macdonald inzwischen durchgemacht hat. Von ihm stammt jener der Genfer Konferenz vorgelegte Abrüstungsplan, der bei allen Einwendungen, die gegen manche seiner Einzelheiten zu machen waren, das Problem der Rüstungsverminderung tatkräftig und konkret anpacken wollte und der in der Theorie eine Zeitlang die von allen Mächten angenommene Grundlage der Genfer Verhandlungen bildete. Macdonald war eine der stärksten Hoffnungen aller derer, die an Abrüstung glaubten. Jetzt hat er in London bei einem Frühstück der Parlamentsfraktion der Nationalen Arbeiterpartei eine Rede gehalten, in der er davon

Tagespiegel.

Französische Blätter bringen Nachrichten über merkwürdige militärische Vorbereitungen, die gegen die Saar gerichtet sind. Sie sind als unrechtmäßiger Beeinflussungsversuch der Saarabstimmung aufs schärfste zu verurteilen.

Ein Erlaß des Reichserziehungsministers setzt an die Stelle des Elternbeirats an den öffentlichen Schulen die Schulgemeinde.

Der Führer und Reichkanzler besichtigte am Mittwoch die Bauten und Vorbereitungen für die Olympiade auf dem künftigen Reichssportplatz.

Demnächst wird das preussische Kultministerium in das Reichserziehungsministerium eingegliedert; beide sind bisher schon durch Personalunion verbunden.

In London sind die Schwierigkeiten bei den Flottenbesprechungen der Seemächte gewachsen.

Es sprach, daß England seine Rüstungen auf ein Mindestmaß herabgesetzt habe. Dadurch sei es Gefahr gelassen. Es habe das getan, um der Welt zu zeigen, daß es aufrichtig sei. Andere Mächte seien nicht ganz so von der Friedensliebe erfüllt gewesen wie England. Und daraus zieht Macdonald die Schlussfolgerung: „Soweit ich in Betracht komme, möchte ich jetzt sagen, daß es für uns nunmehr notwendig ist, angesichts des Beispiels, das uns eine Nation nach der anderen gibt, Schritte zu tun, um uns in der Welt zu schüzen.“ Macdonald bekennt sich damit unumwunden zu dem neuen Kurs der Wehrpolitik, der sich in England in den letzten Monaten schon ankündigt und der die schärfste Aufrüstung zu Lande, zu Wasser und in der Luft will. Die Pläne verlangen die Aufstellung eines Expeditionskorps, die Weiterentwicklung der technischen Waffen, die Schaffung eines Landesverteidigungskorps, beschleunigte Luftaufrüstung bis zur Zahl von insgesamt 1700 Flugzeugen, die Errichtung neuer zahlreicher Flugstützpunkte, die Erhöhung des Personals der Luftstreitkräfte und ebenso eine Ausweitung des Marinebauprogramms, das bereits jetzt 61 auf Stapel liegende Schiffe und die Kiellegung von 25 weiteren in sich schließt.

Im selben Augenblick, in dem Herr Avenol in London eintrifft, um mit Herrn Henderson über das Schicksal der Abrüstungskonferenz zu sprechen, fallen wichtige grundlegende Entscheidungen, die die letzten Schranken für den hemmungslosen Rüstungswettlauf wegziehen.

Rechtsbetreuung des Volkes

15 000 Anwälte arbeiten mit — Ueber 1000 NS-Rechtsbetreuungsstellen — 750 000 Auskünfte erteilt

NSR. Das im August 1934 von Hamburg nach München verlegte Amt der Rechtsabteilung — N. für Rechtsbetreuung des deutschen Volkes — teilt mit:

Die Organisation der NS-Rechtsbetreuung des deutschen Volkes kann als durchgeführt und abgeschlossen bezeichnet werden. Bis zum 1. Oktober 1934 waren 1004 NS-Rechtsbetreuungsstellen eingerichtet und in Tätigkeit. In aller nächster Zeit werden weitere 200 bis 250 NS-Rechtsbetreuungsstellen eingerichtet und eröffnet werden. Nach den vorliegenden Berichten widelt sich die Tätigkeit in den einzelnen NS-Rechtsbetreuungsstellen des Reichs ordnungsmäßig und reibungslos ab. Die Diensträume der NS-Rechtsbetreuungsstellen befinden sich zum überwiegenden Teil in den Gebäuden der staatlichen Gerichte (Amtsgerichte). Nur in denselben Amtsgerichtsbezirken, in denen weniger als drei Rechtsanwälte zugelassen sind, findet die Rechtsbetreuung in den Kanzleien der einzelnen Anwälte statt.

In den Großstädten und in den größeren Städten werden täglich Sprechstunden abgehalten; in den kleineren Städten finden Sprechstunden mehrmals in der Woche statt, in den kleinen und ländlichen Bezirken je nach Bedarf.

Die dem Amt für Rechtsbetreuung vorliegenden Berichte lassen durchweg erkennen, daß die Einrichtung der NS-Rechtsbetreuungsstellen von den deutschen Volksgenossen aller Stände dankbar begrüßt worden ist.

Während früher nur im Rahmen der Wohlfahrtspflege und nur von einer Anzahl von Stadtgemeinden eine sogenannte gemeinnützige Rechtsauskunft erteilt wurde, erstreckt sich die von der nationalsozialistischen Bewegung geschaffene, nach einheitlichen Grundrissen durchgeführte und straffgegliederte ehrenamtliche Rechtsbetreuung über das gesamte Reichsgebiet und ist bereits heute — nach kaum halbjährigem Bestehen — zu einer mächtvollen, wirksamen und unentbehrlichen Einrichtung geworden.

Als Beispiele werden nachstehend aus dem umfangreichen statistischen Material, das bis zum 10. Oktober 1934 dem Amt für Rechtsbetreuung zugeleitet worden ist, einige Zahlen veröffentlicht: Die Zahl der im laufenden Jahre bis Ende September erteilten Rechtsauskünfte betrug im Gau

Düsseldorf 12 973, Hamburg 7353, Hessen-Nassau 17 316, Rhein-Lahn 13 524, im Gau Westfalen-Nord 6013, Südhannover-Braunschweig 3334, Danzig 776, Schleswig-Holstein 3906, Schwaben 1000, Groß-Berlin über 120 000. Die Gesamtzahl der im ersten Halbjahr seit Einrichtung der NS-Rechtsbetreuung erteilten Rechtsberatungen beläuft sich nach vorläufiger Schätzung auf 700—800 000.

Viele Tausende von Rechtsangelegenheiten, die durch mündliche Ratserteilung nicht erledigt werden konnten, wurden einem der etwa 15 000 in der NS-Rechtsbetreuung tätigen deutschen Anwälte (Mitglieder der Reichsrechtsgruppe Rechtsanwälte des NSRD) zur ehrenamtlich-unentgeltlichen Weiterführung vor den Gerichten überwiesen.

Frankreichs Anschlag auf die Saar

Vorbereitungen Frankreichs für die Saarabstimmung

Paris, 31. Okt. Wie dem „Matin“ aus Nancy gemeldet wird, sollen die französischen Militärbehörden alle Vorkehrungen zur sofortigen Durchführung eines „Abwehrplanes“ getroffen haben, „für den Fall, daß Deutschland einen Handstreich auf das Saargebiet unternimmt, der französisches Gebiet bedrohen“ könnte. Neuere Nachrichten weisen auf die Möglichkeit eines Handstreiches der SA. auf das Saargebiet unmittelbar nach dem Tage der Volksabstimmung am 13. Januar hin, durch den der Völkerbund vor eine vollendete Tatsache gestellt werden könnte. In einer Eingabe der „Saar-Wirtschaftsvereinigung“ an den Völkerbund wurde erklärt, daß auf Grund „vertraulicher Nachrichten“ aus „glaubwürdiger Quelle“ mit der Möglichkeit eines deutschen Einmarsches in das Saargebiet ernstlich gerechnet werden müsse. Die Verbreitung dieser Nachricht habe natürlich in den französischen Grenzbezirken wie auch in Paris und im übrigen Frankreich eine gewisse Beunruhigung ausgelöst. Man könne, so heißt es in dem Telegramm des „Matin“, zur Beruhigung der öffentlichen Meinung Frankreichs sagen, ohne zu befürchten, dementiert zu werden, daß die Herbeiführung Frankreichs die Gelegenheit nicht verfehlt hat, sich mit dieser Frage zu beschäftigen. Einerseits werde die Ausbildung der kürzlich bei ihren Truppenteilen eingetroffenen Rekruten in Etappelotzungen in diesem Jahre besonders eifrig betrieben, andererseits seien sowohl bei den Stäben der Armeekorps von Metz und bei dem 20. Armeekorps von Nancy alle erforderlichen Vorbereitungen getroffen.

London, 31. Okt. „Times“ meldet: Die französische Regierung hat dem General, der die Truppen an der Saar-Grenze befehligt, Weisungen erteilt, die sich auf den Fall beziehen, daß der Präsident der Saar-Regierungskommission, Dr. Knorz, um Beistand ersucht. Zur Zeit der Räumung des Rheinlandes wurden die französischen Truppen aus dem Saargebiet zurückgezogen. Der Präsident der Regierungskommission hat das Recht, sich im Falle der Gefahr an Truppen außerhalb des Gebietes zu wenden. Die französische Regierung hat jetzt die notwendigen Weisungen gegeben, um es Mister Knorz zu ermöglichen, binnen weniger Stunden eine ausreichende Streitkraft zur Verfügung zu haben, falls er sie benötigt, und zwar unter der Voraussetzung, daß eine solche Aktion nicht als eine Erneuerung der Besetzung des Gebietes aufzufassen ist.

Der Pariser Korrespondent der „Times“ berichtet, eine Meldung aus Nancy besage, daß der Stab des dort stehenden 20. Korps und des in Metz stationierten 6. Korps Weisungen darüber erhalten habe, wie sie im Falle eines nationalsozialistischen Putschs im Saargebiet handeln sollen.

Vorstehende übereinstimmende Meldungen sind geeignet, in allen deutschen und saarländischen Kreisen größtes Aufsehen und Beunruhigung hervorzurufen. Denn derartige militärische Vorbereitungen können jedem Vorwande dienen, um einen Gewaltstreich durchzuführen. Schon die Drohung allein mit einer derartigen Aktion ist als unrechtmäßiger Beeinflussungsversuch der bevorstehenden Abstimmung zu verurteilen. Die deutsche Regierung und das deutsche Volk wünschen nichts anderes als die vertraglich zugesicherte Durchführung der Abstimmung und im Anschluß an diese eine ausschließlich den Wünschen der abstimmungsberechtigten Bevölkerung entsprechende Lösung der Saarfrage. Es widerspricht dem Vertrag und dem Geist jeder Volksabstimmung, wenn eine an der Abstimmung beteiligte Macht von seiten des Treuhänders — des Völkerbundes oder seiner Organe — mit einer militärischen Aktion im Saargebiet betraut würde. Ein solches Vorgehen könnte nur als ein „Handstreich“ bezeichnet werden, da keine Instanz eine derartige rechtswidrige Maßnahme legitimieren könnte.

Aufruf zur Klärung der Fronten im Saarland

Saarbrücken, 31. Okt. Der Landesleiter der Deutschen Front, Pirro, hat einen Aufruf erlassen, der erneut zur Klärung der Fronten auffordert und besonders von allen organisierten Arbeitern der Saar erneute Stellungnahme zur Frage Deutschland oder Frankreich verlangt. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Der entscheidende Abschnitt im Abstimmungsstadium ist eingeleitet und damit beginnt die Zeit, wo sich die Geister scheiden, und das ist gut so. Männer, die weder Furcht noch Fleisch sind, sind die größte Gefahr überhaupt. In ersten geschichtlichen Zeiten werden sie oft zu den größten Schädlingen. Für uns an der Saar läßt diese klare Erkenntnis zu der eine

zigen Schlussfolgerung: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns.

Daher muß heraus aus dem Vorgefände, wer sich zwischen den beiden Fronten herumtreibt, um wie ein gewissenloser Spekulant sich immer auf die Seite stellen zu können, wo es am besten geht. Der Arbeiter an der Saar hat diese Lage erfaßt. Er weiß, daß jene, die heute mit ihm für ihr persönliches Geschäft Schindluder treiben, ihn morgen schon wieder verlassen können, unbekümmert um seine Zukunft. Es gibt einen Verband im Saargebiet, der sich Freie Gewerkschaften nennt. Als unpolitische Verbände haben trotzdem seine Führer eine politische Entscheidung getroffen. Diese Entscheidung steht im krassen Widerspruch zu dem Willen der meisten Mitglieder des Verbandes. Arbeiter, verlangt innerhalb eures Verbandes sofort eine erneute Stellungnahme zur Frage: Deutschland oder Frankreich. Das ist deshalb notwendig, weil man dem Arbeiter unter Vorpiegelung einer zweiten Abstimmung den jetzigen Stand schmählicher machen wollte. Wir müssen nunmehr wissen, wer für uns ist, und wer gegen uns ist.

Nach dem 13. Januar muß diese Frage entschieden sein, und jetzt ist keine Zeit mehr zu verlieren. Der deutsche Arbeiter steht zu Deutschland. Dieses Deutschland wird dem deutschen Arbeiter am 13. Januar das Tor aufreißen. Hande nun jeder, wie er es mit seinem Gewissen und der Zukunft vereinbaren kann. Es lebe der deutsche Arbeiter, der Mann deutscher Ehre! Es lebe das Vaterland!

Schulgemeinde anstelle des Elternbeirats

Ein Erlaß des Reichserziehungsministers Ruß

Berlin, 31. Okt. Das Verhältnis zwischen Elternschaft, Schule und Hitlerjugend, soweit deren Angehörige Schüler sind, wird jetzt durch einen Erlaß des Reichserziehungsministers Ruß von Grund auf neu geregelt. Der Erlaß befaßt sich mit der Einrichtung der Elternbeiräte an den öffentlichen Schulen, die bekanntlich aus den Anschauungen des Liberalismus entstand und nationalsozialistischen Gedankengängen nicht entspricht. Die nationalsozialistische Auffassung fordert auch hier anstelle der früheren Interessenvertretung: Dienst und Verantwortung.

Nach diesen neuen Gedanken wird daher anstelle des Elternbeirats die „Schulgemeinde“ eingeführt, die sich aus sämtlichen Lehrern der Schule, aus den Eltern der Schüler und aus Beauftragten der HJ zusammensetzt.

Führer der Schulgemeinde ist der jeweilige Schulleiter. Er beruht zu seiner Unterstützung in der Schulgemeinde — je nach der Größe der Anstalt — zwei bis fünf „Jugendwalter“ aus den Kreisen der Eltern und Lehrer. Im Einvernehmen mit dem zuständigen Gebietsführer der Hitlerjugend wird in diesen Kreisen der „Jugendwalter“ auch ein HJ-Führer entsandt.

In dem Erlaß heißt es u. a.: Wenngleich Elternhaus, Schule und Hitlerjugend, jedes für sich, auch besondere Erziehungsaufgaben in eigener Verantwortung haben, so tragen doch alle gemeinsam die Verantwortung für das Gelingen des Gesamtwertes der Erziehung, also auch für die Einrichtungen erzieherischer Art, an denen sie nicht unmittelbar beteiligt sind. Alles Mühen um das erzieherische Wollen in den verschiedenen Gruppen der Erzieher erfüllt seinen Sinn doch nur dann, wenn es sich bewußt wird, daß es nur Teilschritten im Gesamtjugenderziehungsplan des Staates ist.

Aus dieser Begründung heraus hat auch der Reichsjugendführer der NSDAP seine Zustimmung für die Entsendung von HJ-Führern bezw. BDM-Führerinnen in den Kreis der Jugendwalter gegeben.

In dem dem Erlaß beigegebenen Richtlinien werden die Aufgaben der Schulgemeinde folgende umrissen:

Die Erziehungsziele des neuen Staates sind darzustellen und dem Verständnis der Allgemeinheit zu erschließen. Hier sind staatliche Familienfürsorge, Kassenfragen, Erbfolge, Erbgeldsteuer, Körperzucht, Arbeitsdienst und Jugendbund zu behandeln! Die freiwillige Mithilfe bei der Verbesserung von Schulleistungen ist zu fördern. Durch Veranstaltungen, wie Vorträge und Lichtbildabend, Schulausstellung, Sportfeste, Schul- und Volksfeste, Wanderungen ist die Gemeinschaft aller Erziehungsbediensteten zu pflegen. Erziehungsständliche Fragen sollen in der Schulgemeinde besprochen und mit Verständnis nahegebracht werden. Dabei ist kein Tätigkeitsfeld ausgeschlossen, das dem Gedeihen der völkischen Erziehung in Haus, Schule und Jugendbund dienen kann. Die Jugendwalter werden zu Schuljahresbeginn auf ein Jahr bestellt. Vor ihrer Berufung wird der zuständige Ortsgruppenleiter der NSDAP gehört.

Ein Volk tritt an

Ein Roman vom neuen Deutschland von Paul Hain.

„Na also, dann mal los mit der Ueberraschung!“ sagt Herr von Bergholt und prostet seinem Sohn am Abendstisch zu. „Mebrigens, die Sache scheint dir ja sehr auf der Seele zu liegen — du kommst mir ein bißchen schweigmäher vor als heute mittag.“

Heinz lächelt etwas matt.

„Man ist das Berliner Pflaster nicht mehr recht gewohnt — den Lärm — die Bunttheit. Man wird ein bißchen müde, wenn man so durch die Straßen bummelt.“

Er gibt sich einen Ruck und sitzt nun sehr aufrecht.

„Also — ich wollte in dieser Sache immerhin doch erst mit dir sprechen, Vater, wiewohl ich selbst mich innerlich schon so gut wie entschieden habe.“

„Sakrisch neugierig bin ich“, schmunzelt der Regierungsrat.

Und dann erzählt Heinz. Von dem straffen, disziplinierten Leben im Lager, der großen Kameradschaftlichkeit, von der Anerkennung, die ihm wegen seiner körperlich-sportlichen Leistungen gezollt worden ist, von seiner großen Liebe zum Sport, die einen ganzen Mann erfordert, von dem Wert körperlicher Ertüchtigung, die besondere Führer verlangt, und über den Unglücksfall Siegfried Riefes hinweg berichtet er nun weiter von der ermunternden Aufforderung seines Lagerführers, die seiner Zukunft eine ganz andere Richtung geben könnte.

„Ich würde das Sportlehrerexamen machen, am Führerkurs teilnehmen — und später, wenn die Arbeitsdienstpflicht Tatsache geworden ist, im Dienste des Vaterlandes an einer seiner wichtigsten Stellen stehen. Ich denke, es gibt nichts Schöneres, als dem neuen Staat mit allen Kräften dienen zu können, wenn einem dazu die Möglichkeit gegeben wird.“

Landesverräter erhalten die Todesstrafe

Berlin, 31. Okt. Die Justizpressestelle teilt mit: Vor dem 3. Senat des Volksgerichts hatten sich in letzter Zeit wiederholt Angeklagte zu verantworten gehabt, denen Landesverrat zugunsten auswärtiger Mächte zur Last gelegt war. Da es sich bei landesverräterischen Straftaten um die schwersten und verabscheuungswürdigsten Angriffe gegen den Bestand des Staates und des Gesamtens der Nation handelt, sind in allen diesen Fällen vom Volksgerichtshof harte Strafen verhängt worden. Mehrere Angeklagte sind zum Tode verurteilt, in anderen Fällen sind Zuchthausstrafen bis zu 15 Jahren verhängt worden. Nur in zwei besonders milde gelagerten Fällen sind Angeklagte mit Gefängnisstrafen davonkommen. Hervorzuheben ist aber, daß alle diese Urteile noch unter Anwendung der alten Gesetzesvorschriften ergangen sind, da sämtliche bisher vor dem Volksgerichtshof zur Aburteilung gelangenden Straftaten des Landesverrats vor dem Inkrafttreten des Gesetzes zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens vom 24. April 1934 ergangen sind. Dieses Gesetz steht bekanntlich bei Landesverrat grundsätzlich nur die Todesstrafe vor. Es ist seit dem 2. Mai 1934 in Geltung. Seit dieser Zeit wird sich daher jeder Deutsche, der sein Vaterland verrät und sich damit außerhalb der Volksgemeinschaft stellt, dessen bewußt sein müssen, daß er in dieser Volksgemeinschaft nicht weiter geduldet werden kann und durch seine Tat keinen Kopf verwirkt hat. Nur ein solches schonungsloses Vorgehen gegen Landesverräter entspricht auch nationalsozialistischer Rechtsauffassung und dem gefunden Volksempfinden.

Am Grabe Walter Hellvoigts

NSK. Die Beisetzung des Standartenführers Hellvoigt auf dem Luisenstädtischen Friedhof in Berlin, des unbekanntenen Kämpfers für die Bewegung, gestaltete sich zu einer Kundgebung der Treue und des Opfers. Seine alten Kameraden von der SA, Vertreter der SS, des Feldjägerkorps und der WJ standen an seinem Grabe, um erneut das Gelübnis abzulegen: Standartenführer Hellvoigt, wofür du starbst, dafür wollen wir leben, wofür du kämpftest und starbst, sind wir bereit auch immer wieder zu kämpfen und zu sterben. Wir wollen dir nachsehen in deinem schlichten Heldentum.

Gauleiter Reichsminister Göttsche, der den schwer Leidenden kurz vor dem Tode noch besuchte, sagte alle diese Gedanken, die die alten Kameraden in dieser Stunde bewegte, zusammen. Die Kameradschaft, die uns in der Kampfzeit verband, sie verbindet uns auch über die Gräber hinweg mit denen, die von uns getrennt worden sind. Aber in dieser Stunde erfährt uns nicht nur die Trauer, sondern wir sind stolz darauf, daß dieser Kämpfer für das Dritte Reich sein Leben lassen konnte als einer aus unseren Reihen. Wofür du starbst, dafür wollen wir leben, in deinem Geist und im Geiste deiner toten Kameraden wollen wir weiterkämpfen für die Lebenden.

Wir wissen um dein Opfer, wir wissen, daß du dich mit deiner ganzen Person einsetzt für deinen Führer und für Deutschlands Auferstehen. Wie klein und gering erscheinen im Hinblick auf dieses Opfer alle die Menschen, die über die Grenzen gingen und dem Vaterland den Rücken kehrten, weil sie keine Opfer bringen wollten. Sie alle sollte man an dieses offene Grab rufen und sie niederlegen lassen vor diesem heldenhaften Opfermüt. Wir aber wissen alle, daß, solange dieser Heroismus lebt, niemand über das junge Deutschland triumphieren wird. Die Opfer, die unsere Toten gebracht haben, sind nicht umsonst, sie leben in uns weiter und geben uns Kraft zu neuem Schaffen. So wollen wir den Tod des Standartenführers Hellvoigt verzeihen und uns aufrichten an dem Opfermüt dieses Mannes.

Obergruppenführer von Sagan spricht vom Kampf und Sterben des Standartenführers Hellvoigt von der Kameradschaft, die über das Grab reicht und legt einen Kranz im Namen des Obersten SA-Führers Adolf Hitler nieder. Ebenso legen Vertreter der einzelnen Organisationen der NSDAP und der Reichswehr Kränze auf das Grab.

Ehrentag der deutschen Arbeitsopfer

Berlin, 31. Okt. Im November werden, wie das Rdz. meldet, im ganzen Reich gewaltige Kundgebungen der Arbeitsopfer stattfinden, um das ganze Volk aufzurufen zum Ehrentag der deutschen Arbeitsopfer. In 27 großen Kundgebungen werden vom 10. November an täglich die Arbeitsopfer in den größten Städten aufmarschieren. In allen Gauen wird ein Tag nur den Arbeitsopfern gehören und werden alle deutschen Volksgenossen den Arbeitsopfern eine einmütige Ehrenbezeugung abgeben. Die Arbeitsopfer werden an diesem Tage ihrem Führer Adolf Hitler erneut die Treue geloben und ihm danken, daß er ihnen den Platz wieder gegeben hat, der ihnen zusteht. Die Aktion beginnt am 10. November mit einer gewaltigen Kundgebung in Berlin.

Regierungsrat von Bergholt hat schweigend zugehört. Er paßt mächtige Wolken aus seiner Zigarre und vergißt zwischendurch auch nicht den Wein.

Dann steht er auf und geht um den Tisch herum. Unter seiner wuchtigen Gestalt schwankt förmlich der Fußboden. So steht er vor Heinz. Ein Lachen reißt sein Gesicht auseinander. Die Hand schlägt er dem Sohn auf die Schulter. „Hast recht, Junge! Ich bin — stolz auf dich! Juristen gibt es wie Sand am Meer — Juristen sind immer zu setzen. Recht so, sage ich. Geh du deinen Weg, wie ihn dir dein eigener Kopf und deine Liebe zum Vaterland vorschreiben. Ich habe verdammt noch mal, nichts dagegen!“

Er greift zum Glas.

„Auf dein Wohl, mein Junge!“

10. Kapitel.

Frau Sanitätsrat Muntebühl ist begeistert von Urjel. Eine halbe Stunde Unterhaltung mit ihr hat sie überzeugt: Dies ist die Perle, die sie braucht. Ihr mütterliches Gesicht strahlt.

„Kindchen — Schmerjow ist ein Prachtjunge, daß er Sie mir geschickt hat! Und nun werde ich Sie mal meinem Mann präsentieren — er liest gerade Zeitung, aber wenn ihn was hübsches stört, läßt er sich schon gefallen.“

Frau Muntebühl ist wirklich eine prächtige Frau. Und wie sie jetzt Urjel schalkhaft anblinzelt, sieht sie noch viel prächtiger aus.

Der Liebreiz Urjels nimmt den Sanitätsrat sogleich gefangen und auch Urjel hat sofort Vertrauen zu ihm. Sie fühlt eine neue, tiefe Fröhlichkeit in sich, ein seltsames Geborgenheit. Frau Muntebühl erzählt rasch die Umstände, die Urjel zu einer solchen Stellung drängen — der Sanitätsrat erfährt schnell den inneren Menschen dieses jungen, anmutigen Mädchens und lächelt.

„Na — dann schauen Sie sich nur mal unsere beiden Rangen an“, lächelt er, „den Horst und die Erika. Sie warten schon jeden Tag auf ein neues ‚Fräulein‘, das ihnen gefällt.“

Die 27 Massenversammlungen in den großen Städten werden dann den Auftakt zu weiteren 5000 Kundgebungen in den folgenden drei Wochen bilden.

Beunruhigung in Südbawien

über den Verlauf der Marseiller Unterjuchung

Belgrad, 31. Okt. Die südbawische Öffentlichkeit verfolgt mit großer Unruhe den Verlauf der Marseiller Unterjuchung. Die „Pravda“ läßt sich einen Bericht aus Paris senden, in dem erklärt wird, daß das ganze Verfahren in eine Sackgasse geraten sei und in der letzten Zeit überhaupt keine neuen Ergebnisse gezeitigt habe. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge sei anzunehmen, daß die Hauptschuldigen strafflos ausgehen würden und nur die Mitgeschuldigen, die lediglich als blinde Werkzeuge gedient hätten, ihr Verbrechen büßen müßten. Die „Pravda“ zitiert dabei einen Aufsatz der „Intransigant“, in dem festgestellt wird, daß Frankreich verpflichtet sei, die Unterjuchung entlassen zu Ende zu führen, wenn es nicht wünsche, das Bündnis und die Freundschaft Südbawiens zu verlieren. Die „Pravda“ schließt sich dieser Meinung an, indem sie den erwähnten Sach herausgreift und ihn als Schlagzeile über die ganze erste Seite ihres Blattes veröffentlicht. Als Hauptschuldige nämten nach Ueberzeugung des Blattes die in Turin verhafteten Führer der südbawischen Terrororganisation, Pawelitsch und Kwaternik, sowie die in Wien lebenden Mitarbeiter der „Reichspost“, General Sartofitsch und Oberstleutnant Petzschewitsch, der mazedonische Führer Michailow und der in Belgien verhaftete Stephan Peritsch in Betracht.

Frankreich verlangt die Auslieferung von Pawelitsch

Paris, 31. Okt. Die französische Regierung hat durch ihren Geschäftsträger in Rom der italienischen Regierung ein amtliches Auslieferungsgesuch für die beiden in Turin verhafteten südbawischen Emigranten Dr. Pawelitsch und Kwaternik überreicht lassen.

882 polnische Vergleute aus Frankreich ausgewiesen

Warschau, 31. Okt. „Kurzer Voranng“ berichtet über die neuerliche Ausweisung von 882 polnischen Vergleuten aus Frankreich und hebt hervor, daß gegen diese Leute Maßnahmen getroffen worden seien, die nach bewußter Gewalt und Böswilligkeit ausüben. Man könne daher leider nicht nur den französischen Unternehmern die Schuld an einer derartigen Behandlung der polnischen Bergarbeiter geben, da die Ausweisung ohne Mitwirkung der französischen Behörden nicht möglich gewesen wäre. Die steigende Zahl der französischen Arbeitslosen könne nicht allein der Grund für dieses Vorgehen sein, sondern es müßten auch noch andere Beweggründe mitspielen. In Polen sei man jedenfalls zunächst überrast, aber diese Überrastung könne sich sehr leicht in eine lebhaftere Enttäuschung verwandeln. Die Verhinderung der polnischen Vergleute gereiche Frankreich nicht zum Ruhme.

Kein Anschlag gegen König Boris

Sofia, 31. Okt. Zu den im Ausland verbreiteten Gerüchten über einen angeblichen Anschlag auf einen Eisenbahnzug, in dem sich König Boris von Sofia nach Warna begeben hat, wird von amtlicher Stelle mitgeteilt, daß es sich lediglich um einen geringfügigen Brand in der Lokomotive gehandelt habe, dessen Ursache im Heißlaufen einer Achse zu suchen sei. Alle Meldungen, die von einer Explosion im Kohlentender oder anderen Stellen zu berichten wissen, werden als nicht zutreffend bezeichnet. Im einzelnen wird bekannt, daß die Lokomotive in der Nähe der Haltestelle Kessarowo plötzlich in Brand geraten sei und auf offener Strecke halten mußte. Dem Bahnpersonal, das die Wärsarbeiten unter der persönlichen Leitung des Königs durchführte, gelang es indessen, die Gefahr zu beseitigen, so daß der Zug bereits nach kurzer Zeit seine Fahrt fortsetzen konnte. Da der Lokomotivführer beim Wärschen des Brandes leichte Brandwunden an den Händen davongetragen hatte, übernahm König Boris persönlich die weitere Führung des Zuges bis Warna.

Michailow nicht verhaftet

Istanbul, 31. Okt. Wie aus Ankara gemeldet wird, ist die im Ausland verbreitete Meldung von einer Verhaftung Joan Michailows falsch. Michailow befindet sich nach wie vor in völliger Freiheit, auf eigenen Wunsch aus Gründen vermehrter persönlicher Sicherheit in Kalamuni.

Michailow hatte sich bekanntlich mit seiner Frau am 12. Dezember, nachdem seine Flucht aus Bulgarien geglückt war, den

Gleich darauf steht Urjel im Kinderzimmer. Es ist übrigens höchste Zeit, daß die beiden in die Federn kommen. Nun aber staunen sie mit großen, blauen Kinderaugen. Erika, die Fünfjährige, lacht strahlend über das hübsche, blondumrahmte Gesichtchen und sieht wie ein kleiner lieber Engel aus. Horst, ein blasser, aufgeschossener Junge, steht stramm wie ein kleiner Soldat und weiß offenbar im Augenblick, was los ist.

„W'nd, Fräulein!“ sagt er und macht dann einen Diener.

Urjel schlägt das Herz vor banger Freude. Entzückt sind die beiden!

Und nun hebt ein großer, impulsiver Jubel an, als Frau Muntebühl wirklich sagt:

„Ja — euer neues Fräulein, Kinder. Urjel heißt sie.“

Sie geben die Hand und jauchzen selig:

„Tante Urjel! Fein!“

Im Augenblick müssen sie gespürt haben, daß „Tante Urjel“ die „Richtige“ ist.

„Du kannst gleich hierbleiben“, meint Klein-Erika und schmiegt sich an Urjels Hand.

Urjel lacht glücklich.

„Na, so schnell geht es aber nicht, Erika — ein paar Tage müßt ihr euch schon noch gedulden.“

„Wie lange is'n das?“ fragt Horst.

„Vier Tage noch“, zählt Urjel an den Fingern ab.

„Biel zu lange“, behauptet Erika ernsthaft.

Dann bringt Frau Muntebühl sie selbst zu Bett und Urjel darf zuschauen. Ihr ist so leicht und beschwingt zumute. Dies hier ist eine bessere Welt, eine edlere, heiligere Welt, als das Geschäft des Herrn Sally Magnussen!

Als Urjel nachher geht — Frau Muntebühl hätte ja gern noch einen längeren Schwag mit ihr gemacht — atmet sie ein paarmal tief auf.

Eine neue Welt!

(Fortsetzung folgt.)

türkischen Behörden gestellt. Er wurde darauf nach Istanbul gebracht. Nach einem eingehenden Verhör wurde er durch Entscheidung der türkischen Regierung als politischer Flüchtling für frei erklärt. Selbstverständlich war ihm zur Bedingung gemacht worden, sich jeder feindseligen Betätigung gegen fremde Staaten zu enthalten.

Katehquist und Miami als Stationen des Zeppelin-Nordatlantik-Dienstes

Washington, 31. Okt. Im Zusammenhang mit den Besprechungen über die geplante Einrichtung eines regelmäßigen Zeppelin-Luftschiffdienstes zwischen Europa und den Vereinigten Staaten wird noch bekannt, daß das Marineamt Dr. Eckenert die Benutzung der Flugplätze von Katehquist und Miami als Stationen für die im nächsten Sommer beginnenden Atlantikflüge des neuen Zeppelin-Luftschiffes „Z. 129“ gestattet hat. Die Landungskosten seien jedoch zu erstatten. Die in dem klimatisch günstig gelegenen Florida gelegene Station würde nur benützt werden, wenn die Witterungsverhältnisse eine Landung in Katehquist unmöglich machen würden.

Der Vorsitzende der amerikanischen Schiffsverkehrsbehörden, Admiral Cone, befürwortet den Bau von Großluftschiffen für Handelszwecke anstelle des jetzigen Wettbewerbs im Bau von Riesendampfern. Anstatt einen Riesendampfer wie die englische „Queen Mary“ zu bauen, dessen Kosten sich in den Vereinigten Staaten etwa um 50 Prozent höher stellen würden als in Europa, könnte man fünf Luftschiffe mit samt den dazu nötigen Landungsplätzen erbauen.

Uneinigkeit auf der Londoner Flottenkonferenz

London, 31. Okt. Der Marinemitarbeiter des „Daily Telegraph“ glaubt berichten zu können, daß die wichtigsten Punkte des britischen Planes zu Begrenzung der Seerüstungen unangenehm Widerstand gefunden haben. Der Vorschlag, die Tonnage der Großkampfschiffe herabzusetzen, sei endgültig verworfen. Die britische Anrede, die Tonnage der Kreuzer auf 7000 Tonnen zu beschränken, die Frankreich, Italien und Japan zusagten, sei von Amerika endgültig abgelehnt worden. Für Kreuzer bleibe es also bei einer Höchstgrenze von 10 000 Tonnen und eine Höchstbewaffnung mit 20-Zentimeter-Geschützen. Die englischer- und amerikanischerseits angeregte Abschaffung der U-Boote auf 600 Tonnen wolle die amerikanische Abordnung auch nichts wissen. Weitere britische Vorschläge, die sich auf die Beschränkung der Zahl der Seeleute und auf Begrenzung der Zahl der auf Schiffen untergebrachten Flugzeuge beziehen, seien, falls sie vorgebracht würden, ebenfalls einer Ablehnung sicher. Der japanische Botschafter Maruyama hatte am Dienstag im Unterhaus eine Unterredung mit Sir John Simon.

Einweihung einer italienischen Schule in Innsbruck

Innsbruck, 31. Okt. Aus Anlaß des Jahrestages des faschistischen Marsches auf Rom wurde in Innsbruck die vom italienischen Generalkonsulat errichtete italienische Schule feierlich eröffnet. Zu der Eröffnung hatte der italienische Generalkonsul in Innsbruck Einladungen an alle Mitglieder der italienischen Kolonie in Innsbruck, darunter auch an die hier lebenden deutschen Südtiroler, ergehen lassen, wobei betont wurde, daß das Erscheinen Pflicht sei.

Lokales

Wildbad, 1. November 1934.

Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Wildbad. Wie im ganzen Reich, so fand auch in Wildbad aus Anlaß der Verordnung des Führers über die Deutsche Arbeitsfront am Dienstagabend eine Kundgebung statt. Zu diesem Zweck versammelten sich die Betriebe, der weibliche Arbeitsdienst usw. auf dem Hermann-Goering-Platz, um von dort aus geschlossen unter den Klängen der PD-Kapelle, die zum erstenmale mit der von einem hiesigen Bürger erfundenen Notenbeleuchtung ausgestattet war, und die sich glänzend bewährte, durch die Straßen der Stadt nach der Turn- und Festhalle zu marschieren. Der bisher so lästig empfundene Fackelzug blieb diesmal auf das Ende des Umzuges beschränkt, was sich bei den Teilnehmern besonders angenehm bemerkbar machte. Die Halle war mit Fahnen in den Farben des Reiches und dem Symbol der Deutschen Arbeitsfront festlich geschmückt. Hier wurde die eigentliche Kundgebung mit dem Saar-Marsch und dem Badenweiler Marsch, schneidig gespielt von der PD-Kapelle, unter Leitung ihres Musikzugleiters Eugen Armbrust eröffnet. Pp. Oberlehrer Kern sprach sodann über die Bedeutung der Kundgebung des Führers. In der Kampfszeit wurde von vielen nicht verstanden, was der deutsche Sozialismus uns gab und gibt. Was bedeutet deutscher Sozialismus? In den 25 Punkten des Programms der NSDAP ist er festgelegt. Zur Durchführung dieser 25 Punkte bedarf der Führer der Organisationen; dazu gehört vor allem die Deutsche Arbeitsfront, die alle schaffenden Deutschen der Stirn und Faust in sich zusammen schließt. Der Redner behandelte in kurzen Zügen die Entwicklung der Deutschen Arbeitsfront vom Zeitpunkt der Übernahme der Gewerkschaften bis zum 24. Oktober 1934, dem Tage der Verordnung des Führers über die Deutsche Arbeitsfront. In diesem Zusammenhang erwähnte der Sprecher das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit, die Kameradschaft in den Betrieben,

die Arbeitsbeschaffung, die NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, das Winterhilfswerk usw. Alles Sachen, die nur von einem Nationalsozialisten erdacht und durchgeführt werden können. Pp. Kern wandte sich zum Schluß gegen die „Meckerer“; nicht schwächen, sondern sprechen und handeln, dann arbeiten wir im Sinne des Führers. — Nach einer Pause, die durch ein Musikstück ausgefüllt wurde, betrat der Kreiswaller der Deutschen Arbeitsfront, Pp. Treutle, das Rednerpodium. Er führte zunächst aus, daß am gleichen Tage in 16 000 Kundgebungen dem Führer für die Sozialverfassung, die er den schaffenden Deutschen gegeben hat, gedankt wird. Eine Sozialverfassung, wie sie die Geschichte und die Welt noch nie gesehen hat. Der Redner brachte die Verordnung des Führers, die aus 10 Artikeln besteht, zur Verlesung. Diese zehn Paragraphen umreißen klar und eindeutig das gesamte soziale Leben des deutschen Menschen. Durch sie ist der DAF, der endgültige Sieg erkritten worden; durch sie ist die DAF, zur wirklichen Gemeinschaft aller Schaffenden erhoben worden. Die DAF, schult in Zukunft nicht nur die Amtswalter, sondern auch die anderen Mitglieder. Führer und Gefolgschaft sind eine Betriebs- und Schicksalsgemeinschaft. Im Vordergrund steht die Kameradschaft. Auch dieser Redner wandte sich gegen die „Nörgler, Wisemacher und Besserwisser“; wir brauchen tätige Mitarbeiter. Ebenso geißelte er die Angsteinkäufer; mit diesen fallen wir dem Führer beim Aufbauwerk in den Rücken. Alle früheren Rechte der Mitglieder der früheren Gewerkschaften sind von der DAF, restlos übernommen worden. Pp. Treutle schloß seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen mit dem Wunsch, daß der heutige Tag dazu beitragen möge, daß jeder schaffende Deutsche einseht, daß sein Platz in der DAF, ist. — Nach einem dreifachen „Sieg-Heil“ auf den Führer und dem Singen der nationalen Hymnen schloß Ortsgruppenwaller Pp. Edele die sehr gut besuchte Kundgebung.

Film-Abend. Man kann die laufende Woche als die Woche der Filmabende und Lichtbildervorträge bezeichnen. Alle diese Abende waren hochinteressant und genussreich. Wir möchten trotzdem nicht veräumen, nochmals auf eine Veranstaltung aufmerksam zu machen, die am Sonntagabend im Saale der „Alten Linde“ stattfindet. Im Mittelpunkt dieser Veranstaltung steht ein Vortrag: „Glänzender Aufstieg der Volksfürsorge im neuen Staat“. Umrahmt wird der Vortrag von drei Filmen: „Familie Knuff“, ein Trickfilm aus Hagenbecks Tierpark in Hamburg; „Der richtige Tip“, ein Film in drei Akten und zum Schluß nochmals ein Film: „Säen — Ernten“. Zur Deckung der Unkosten wird ein Eintritt von 10 und 20 Pfennig erhoben.

Spendet für das Winterhilfswerk!

Für den Gau Württemberg-Hohenzollern bestimmte Spenden sind zu richten an Postcheckkonto Stuttgart Nr. 103 und Girokonto der Württ. Landesparität Nr. 4000.

Evangelischer Gottesdienst.

Donnerstag den 1. November, 8 Uhr abends, statt Bibelabends, Vortragsdienst in der Kirche.

Württemberg

Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg

Stuttgart, 31. Okt. Nach dem Ausweis über die Einnahmen und Ausgaben des Landes Württemberg haben bis Ende September 1934 betragen: Im ordentlichen Haushalt die Mehrausgaben 2 565 000, im außerordentlichen Haushalt die Mehrausgaben 5 645 000 RM. Ausgabereise sind vorhanden im ordentlichen Haushalt 517 000 RM., im außerordentlichen 1 851 000 RM.

Gegen Preissteigerungen und Angstkäufe

Stuttgart, 31. Okt. In der Gauleitung der NSDAP, fand unter Leitung des stellv. Gauleiters Schmidt eine Besprechung über die Frage der gegenwärtig in verschiedenen Gegenden eingetretenen Preissteigerungen und Masseneinkäufe statt. Dabei waren u. a. vertreten: Das Wirtschaftsministerium, die Landesstelle Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, der Treuhänder der Arbeit, die Handelskammer Stuttgart, die Gauamtsleitung der NSD, und der NS-Sago, die Gaugeschäftsführung, die Gaupropagandaleitung, die Landesbauernschaft und die Stadt Stuttgart. In den Besprechungen kam zum Ausdruck, daß keinerlei Anlaß für irgend welche Beunruhigungen besteht und daß diese Nachschaffungen auf politische Zwecklagen einiger Volksschichten zurückzuführen. Es wurden Richtlinien festgelegt, die einen geschlossenen Einsatz der Partei, des Wirtschaftsministeriums, der Landesstelle Württemberg des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, der Polizei und der Deutschen Arbeitsfront zur Folge haben. Die beschlossenen Maßnahmen sind geeignet, unnötige Unruhen zu beseitigen, durch scharfe Überwachungsmaßnahmen gegen die unverantwortlichen Preisbewegungen und Angstkäufe vorzugehen, die Schädlinge festzustellen und ihrer Strafe zuzuführen.

Fahrpreisermäßigung zum Theaterbesuch

Stuttgart, 31. Okt. Die Reichsbahndirektion Stuttgart hat mit dem Württ. Staatstheater, dem Stuttgarter Schauspielhaus und dem Stadttheater in Heilbronn Vereinbarungen abgeschlossen,

die eine Ermäßigung sowohl des Fahrpreises auf der Reichsbahn, als des Theaterartenpreises zum Gegenstand haben. Die Fahrpreisermäßigung besteht darin, daß die Theaterbesucher für die Rückfahrt vom Theaterort nur den halben Fahrpreis bezahlen. Bei Benutzung von Eil- oder Schnellzügen ist der volle Zuschlag zu entrichten. Die Fahrpreisermäßigung wird für folgende Verbindungen gewährt:

1. von Stuttgart Hbf. nach allen Bahnhöfen der Strecken Stuttgart—Nühlacker, Stuttgart—Heilbronn, Stuttgart—Weilbrunn, Stuttgart—Göppingen (Göppingen, Stuttgart—Kirchheim u. T. und bis Tübingen Hbf., Stuttgart—Geislingen a. d. St., Stuttgart—Schwäb. Gmünd und bis Gaildorf,

2. von Heilbronn Hbf. nach den Bahnhöfen der Strecken Nordheim—Vettigheim, Redarfulm—Mödmühl, Weinsberg—Göppingen und Großgartach—Göppingen.

Zur Erlangung der Ermäßigung dient ein besonderer Ausweis, der am Fahrkartenschalter des Ausgangsbahnhofes auf Verlangen zu haben ist, wenn zugleich für einen nach 12 Uhr abgehenden Zug eine einfache Fahrkarte zum Theaterort gelöst wird. Auf dem Ausweis muß die Theaterart oder ein Gutschein der NS-Kulturgemeinde oder ein Vermerk der Theaterkasse und der Stempel des Theaters angebracht sein; dann wird auf ihn eine halbe Fahrkarte zum Ausgangsbahnhof ausgegeben. An Tagen, an denen Sonntagsrückfahrten nach dem Theaterort gelöst werden können, werden die Ausweise nicht ausgegeben. Die Rückreise vom Theaterbesuch muß spätestens um 1 Uhr nachts nach der Vorstellung angetreten und nach 1 Uhr ohne Unterbrechung durchgeführt werden. Die Theater gewähren den Inhabern der Ausweise eine Ermäßigung auf die vollen Eintrittspreise und zwar: das Württ. Staatstheater 25 Prozent auf Plätze von 4 RM. an aufwärts für die Oper und von 3 RM. an für das Schauspiel in beiden Häusern Montags bis Freitags, das Stuttgarter Schauspielhaus 50 Prozent auf Plätze von 1.50 RM. an Montags bis Freitags und das Stadttheater Heilbronn 15 Prozent auf Plätze unter 3 RM. und 20 Prozent auf Plätze von 3 RM. an.

Ein Ehrenmal der württ. Armee auf dem Höhenstaufen?

Schwäb. Gmünd, 31. Okt. „Der 180er“, das Mitteilungsblatt der Vereinigung ehemaliger 180er, enthält einen ausführlichen Bericht über das Mitte September in Gmünd abgehaltene Regimentsfest. Ein Aufsatz beschäftigt sich mit dem geplanten Ehrenmal der württ. Armee auf dem Höhenstaufen. Auf dem Regimentstreffen in Gmünd hat Erzellenz von Soben dem Gedanken zum erstenmal Ausdruck gegeben, auf dem Höhenstaufen ein solches Ehrenmal zu errichten, und damit stürmischen Beifall gefunden. Die weitere Durchführung des Planes liegt in den Händen seines Urhebers, dem sowohl die Offiziersvereinigung als auch die Landesvereinigung ehemaliger 180er ihre tatkräftige Unterstützung zum Gelingen zusichern.

Aus dem Lande

Am die Stadtteile Hofen und Mühlhausen an das Verkehrsnetz der Stuttgarter Straßenbahnen anzuschließen, hat die Stadterwaltung mit Zustimmung der Technischen Abteilung des Gemeinderats die Verlängerung der Straßenbahn von Mühlacker bis Mühlhausen beschlossen. Diese neue Straßenbahnverbindung bringt nicht nur die Stadtteile Hofen und Mühlhausen näher an Stuttgart heran, sondern dient auch dem Ausflugsverkehr in das schöne untere Neckartal.

In Leinfelden a. F. brach in dem Anwesen der Witwe Ulber Feuer aus. Die Scheuer brannte vollkommen nieder, während das Wohnhaus mit Ausnahme des Dachstodes, der ebenfalls ausbrannte, gerettet werden konnte. Die Brandursache ist noch nicht einwandfrei geklärt. Man vermutet Brandstiftung.

Als Nachfolger Gustav Koffinas wurde der Leiter der Abteilung für Vor- und Frühgeschichte im Amt des Beauftragten des Führers für die weltanschauliche Erziehung, Dr. Hans Reinert in Tübingen vom Erziehungsministerium als Ordinarius an die philosophische Fakultät der Universität Berlin berufen. Gleichzeitig wurde Professor Dr. Reinert zum Direktor des Reichsinstituts für Vor- und germanische Frühgeschichte ernannt.

Am Montag wurde in Bönnigheim im OA. Weisheim die Kontoristin Frida Gehmann von einem Motorradfahrer überrennt. Sie wurde schwer verletzt in das städt. Krankenhaus verbracht.

Die Weingärtnergenossenschaft Heilbronn besprach in einer Versammlung das Ergebnis des Herbstgeschäftes. Von 240 Mitgliedern wurden darnach insgesamt 478 063 Kilogramm abgeliefert. Dies entspricht etwa 1300 Eimern Wein. Der Verkauf war etwas flau. Die Genossenschaft verkaufte an der Kelter 300 Hektoliter Wein, davon wurden nur 23 Hektoliter von Heilbronner Wirten beansprucht. Durchschnittlich wurden erzielt für Schwarzriesling mit Silvaner 60 RM., für Schwarzriesling 65 RM., Weißriesling 68 RM. und für Trollinger 70 RM. Der Leiter der Weinsberger Verjuhsanstalt, Dr. Gramer, empfahl wegen der ungewöhnlich frühen Gärung ein frühes Ablassen des Weines und eine sachgemäße, nicht übertriebene Schwefelung.

Die Familie Anton Frank in Arlesberg OA. Weisheim wurde in großes Leid veretzt. Ihre vor einigen Wochen in ein Kloster in Würzburg eingetretene 24jährige Tochter Maria Frank ging am Montag früh in den Klostersgarten, wurde dort anscheinend ohnmächtig, fiel zu Boden und schlug den Kopf an einen Randstein, so daß sie einen Schädelbruch erlitt und sofort tot war.

Die 55 Jahre alte Ehefrau des Rentners Gärtner von Medenbeuren-Brand wurde auf dem Heimweg von Friedrichshafen von einem Kraftwagen erfasst und überfahren. Man ist um ihr Aufkommen besorgt.

Deutsche Hausfrauen, verwendet heimische Erzeugnisse! Dazu gehört der gute Kaffeezusatz Mühlen Franck. Er wird aus Edel-Zichorie hergestellt, die überwiegend von deutschen Bauern angebaut wird. Je mehr die Hausfrau Mühlen Franck verbraucht, desto mehr Edel-Zichorie kann der Bauer anbauen. Das unterstützt die heimische Landwirtschaft.



Mühlen Franck

ist beliebt wegen seiner immer gleichbleibenden hervorragenden Qualität.



